

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • Nr. 4 • 70. Jg, NOVEMBER 2019

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz



EIN MORALISCHES ANGEBOT.

Investments for Future.

Fragen Sie nach unseren nachhaltigen Wertpapieren.

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at

Wir schaffen mehr Wert.



DA,
WO SIE
DAHEIM
SIND!
SEIT 1892

**Punktlandung mit
individuellem Service.**
Das finden wir #digitoll.

SPORTFAMILIE
DIE SPORTEBERGUNG DER ENERGIE AG
*Michael Hayböck
Skisprung-Weltcupsieger und
Vincent Kriechmayr
Abfahrts- & Super-G-Weltcupsieger*

Immer auf dem Sprung. Von einer digitalen Serviceleistung zur nächsten. Punktgenau auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Unser eService für Strom und Gas einfach per Mausclick. Für uns steht der Kunde im Zentrum.

ENERGIE AG
Oberösterreich
Wir denken an morgen

digitoll.energieag.at

Entgeltliche Einschaltung upart®



Was muss passieren, damit etwas passiert?

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

Die schwere Niederlage der Sozialdemokratie bei den Nationalratswahlen im September 2019 liegt – leider – im jahrzehntelangen und europaweiten Trend. Seit den 1980er Jahren verlieren sozialistische und sozialdemokratische Partei tendenziell (also meistens und fast überall) Wählerstimmen.

In der Redaktion des Bildungskuriers wollten wir uns nicht mit dem Wahlergebnis und seinen Ursachen beschäftigen, wir überlegten einen Heftschwerpunkt mit notwendigen Reformaufgaben für die Partei zu machen.

Wir wollten also Autoren und Autorinnen bitten Beiträge zu schreiben, wie sich ihrer Meinung nach die SPÖ ändern muss um zukunftsfit zu werden.

Wir haben uns dann aber doch für einen anderen Weg entschieden: Wir haben zwar wie geplant in dieser Ausgabe des Bildungskuriers einen Schwerpunkt zum Thema Parteireform gemacht, allerdings mit keinen neuen Artikeln. In diesem Heft finden sich Bildungskurier-Beiträge aus den vergangenen 33 Jahren! Nach Wahlniederlagen wurden immer wieder Re-

formen abgekündigt und erarbeitet. Und im Bildungskurier wurde darüber geschrieben.

Das besonders Überraschende ist dann noch dazu, dass diese Artikel nicht nur historisch interessant sind, sie passen oftmals zu den heutigen Problemen und Fragestellungen! Und die früher diskutierten und erarbeiteten Antworten klingen auch heute oft richtig und zutreffend.

Der kürzlich verstorbene große deutsche Sozialdemokrat Erhard Eppler hat einmal geschrieben: „Das Problem der Sozialdemokratie ist nicht, dass sie

nicht weiß, was sie tut, ihr Problem ist, dass sie nicht tut, was sie weiß!“ Auch die Sozialdemokratie in Österreich musste in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Wahlniederlagen verarbeiten. Diskutierte oder ließ diskutieren. Und tat dann sicherheitshalber nichts und wartete auf einen Wunderwuzzi (oder auch eine Wunderwuzzine). Das Nichtstun ändert aber nicht nur nichts, es führt viel mehr dazu, dass die Partei auch immer weniger weiß, warum sie etwas tut oder nicht tut.

„Diesmal:
Bildungskurier-Beiträge
aus den vergangenen
33 Jahren!“

Inhalt

4 Bildungsfunktionäre und Parteireform:
Siegbert Janko im Jahr 1986.

6 Geht die Parteireform weiter?:
Reinhard Buchinger im Jahr 1990.

7 Signale der Erneuerung:
Inge Jäger im Jahr 1991.

8 Notwendigkeit der Sozialdemokratie:
Manfred Rotter im Jahr 2009.

9 Zurück zu den sozialdemokratischen Wurzeln:
Matthias Micus im Jahr 2011.

10 Klare Positionen sind gefragt!:
Karl Duffek im Jahr 2013.

11 Was wurde aus morgen.rot?:
Georg Hubmann im Jahr 2013.

12 „Weiter so!“ verstärkt Niedergang:
Bernd Dobesberger im Jahr 2015.

14 Vielleicht mal konsequent sein?:
Landesgeschäftsführer der SPÖ OÖ Georg Brockmeyer.



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt
stammt aus
nachhaltig
bewirtschafteten
Wäldern und
kontrollierten
Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie
„Druckerzeugnisse“ des öster-
reichischen Umweltzeichens,
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich,
Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobesberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer,
Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 04/19, November, SPÖ OÖ-Info-Nr. 4/2019, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Bildungsfunktionäre und Parteireform

Ein - gekürzter - Beitrag aus dem *Bildungskurier* 2/1986, in dem Siegi Janko Gesellschaft und Partei analysiert.

Immer wenn eine Wahl verloren geht, dann wird von Parteireform und notwendigen Strukturveränderungen innerhalb der Organisation gesprochen. Nach den Nationalratswahlen 1983 wurde die „Perspektiven 90“-Diskussion gestartet, eine Diskussion über die Zukunft der Politik der SPÖ. In vielen Sektionen und Ortsorganisationen wurden sehr engagierte Diskussionen geführt und sehr viele Ideen und Vorschläge für eine Zukunftspolitik der SPÖ geboren.

Als Ergebnis der „Perspektiven 90“-Diskussion wurde dem Bundesparteitag im November 1985 ein umfangreiches Papier mit Aufsätzen und Stellungnahmen von „Partei-Experten“ zu verschiedenen Bereichen aktueller Politik vorgelegt. Veränderungen, wie mehr Kommunikation Basis - Spitze, oder verstärkte Mitbeteiligung der Parteibasis an der Entscheidungsfindung in wichtigen politischen Fragen, oder generell der Ausbau parteiinterner Demokratie und Mitbestimmungsmöglichkeiten sind auch nach der „Perspektiven 90“-Diskussion nicht sichtbar. (...)

Bei einer Reformdiskussion über künftige Wege der Parteiarbeit und über die Inhalte einer sozialistischen Politik für die Zukunft muss die Analyse der gegenwärtigen politischen Situation den Ausgangspunkt liefern. (...)

Krise des Parteienstaates — Veränderung der Parteienlandschaft

(...)

Auf der einen Seite wird die Zahl der Industriearbeiter immer geringer, und auf der anderen Seite ist es die Gruppe der Bauern und Gewerbetreibenden, die immer kleiner wird. Dafür wird der Anteil der Angestellten und öffentlichen Bediensteten, der Facharbeiter und der Menschen mit akademischer Ausbildung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung immer größer.

Aus diesen Gruppen besteht jener „neue Mittelstand“, der parteipolitisch nicht mehr eindeutig den großen politischen Parteien zuzuordnen ist, sondern in sehr starkem Ausmaß zu den Alternativgruppen tendiert. Für diese Menschen gelten auch andere Wertpräferenzen, nicht mehr Einkommenssteigerung, Preisfragen oder Wohnungsfragen stehen bei ihnen im Vordergrund - diese sind für sie gesichert, sondern das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung, kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten, Erhaltung einer lebenswerten Umwelt und andere nicht materialistischen Werte sind für sie von vordringlichem Interesse. Und gerade diese Fragen sind im Bewusstsein der „herkömmlichen“ Politiker noch kaum verankert und werden daher im politischen Handeln nicht berücksichtigt.

Der Sozialistischen Partei ist es zu Beginn der siebziger Jahre gelungen, in ihrer Politik auch die Interessen dieses „neuen Mittelstandes“ zu vertreten und das war sicher ein Grund, warum es in Österreich, im Unterschied zur BRD, erst sehr spät zur Bildung grüner und alternativer Parteien kam.

Wenn es der SPÖ in den nächsten Jahren nicht gelingt, auch dieses neue Denken und die neuen Werthaltungen mit in den politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen und dadurch die Interessen dieses „neuen Mittelstandes“ zu berücksichtigen, dann werden wir uns bei den kommenden Wahlen mit den Stimmen einer immer kleiner werdenden Kern-Wählergruppe „begnügen“ müssen.

Krise des Kapitalismus — Krise des Sozialismus

Aber nicht nur die Verluste bei diesen „neuen Mittelschichten“ müssen uns zu denken geben, sondern auch deutliche Verluste bei unseren Kernschichten, den Arbeitern, Angestellten und Pensi-

DER AUTOR:

Siegi Janko

1983 verlor die SPÖ auf Bundesebene die absolute Mehrheit. Auch bei den Landtagswahlen 1985 waren die Verluste deutlich. Der damalige SPÖ-Landesbildungsvorsitzende Siegi Janko analysiert die Lage der Sozialdemokratie.



onisten. Das zeigte sich unter anderem bei den Landtagswahlen, bei denen in einem Industrieland wie Oberösterreich die SPÖ zu einer 38-Prozent-Partei geworden ist. Der Anteil der Nichtwähler bei den Landtagswahlen betrug mehr als 13 Prozent der Wahlberechtigten. In dieser hohen Zahl von Nichtwählern befinden sich auch Tausende Arbeiter und, was besonders alarmierend ist, auch Tausende SPÖ-Mitglieder. (...)

Freilich muss festgestellt werden, dass seit Beginn der achtziger Jahre europaweit ein deutlicher Trend gegen die Sozialdemokratie läuft. Diese Entwicklungen fanden vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verschärfung der kapitalistischen Krise statt. Die frühen siebziger Jahre mit ihrer guten Konjunktur und entsprechenden Wachstumsraten bildeten optimale Rahmenbedingungen für sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in Österreich unter „Austro-Keynesianismus“ berühmt geworden ist. Die Vollbeschäftigung konnte gesichert, das soziale Netz geknüpft und die Einkommen der Arbeiter und Angestellten sowie aller anderen Bevölkerungsgruppen erhöht werden. Die Zuwachsraten waren in allen Industrieländern: hoch genug, dass sie eine Beteiligung der ar-

beitenden Menschen an dem zu verteilenden Kuchen erlaubten. Durch einen gewissen Reformschwung in den ersten Regierungsjahren, auch in Fragen des gesellschaftlichen Überbaues, konnte sich die SPÖ die Sympathie intellektueller Kreise sichern. Damit waren die Weichen für neue Wählerkoalitionen und damit für neue Mehrheiten gestellt. Dabei spielte die Tatsache, dass die SPÖ 1966 in die Opposition ging, eine bedeutende Rolle. In der Opposition befreite sich die SPÖ von Verkrustungen aus der Zeit der großen Koalition, die bei vielen Menschen längst ihre Attraktivität verloren hatte. (...)

Das Kreisky-Konzept der „offenen Partei“ ermöglichte neue Wählerkoalitionen. Die SPÖ konnte sich mit ihrer Politik auch die Sympathie bürgerlich-intellektueller Kreise sichern. Diese Gruppen gehen uns jetzt mehr und mehr als Wähler wieder verloren.

Mit der Verschärfung der kapitalistischen Krise gerieten die Grundlagen für die erfolgreiche Politik zunehmend ins Wanken. Die österreichische Sozialdemo-

kratie hat sich vom kapitalistischen System und dem Modell sozialpartnerschaftlicher Staatsverwaltung vereinnahmen lassen. (...) Da sich die SPÖ zum Anwalt des bestehenden Systems gemacht hat, wurde die Krise des Kapitalismus auch zu einer Krise der Sozialdemokratie. (...)

Der Neokonservatismus

(...)

Unzulänglichkeiten am Wohlfahrtsstaat werden in demagogischer Weise gegen diesen selbst mobilisiert. Zwar stecken unter der Fassade des Neokonservatismus zumeist die altergebrachten Wertvorstellungen der Konservativen, ein modernes Mäntelchen ermöglichte es ihnen aber doch, ihre Konzepte auf die aktuelle Situation einzustellen. Sie finden mit ihren Argumenten besonders bei den „Aufsteigern“ und „neuen Mittelschichten“ offene Ohren. Schlagworte wie „weniger Staat“, „Übersozialisierung“, „neue Mütterlichkeit“, „Tradition und Heimat“, „Privatisierung“, „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ u.a.m. sind ein politisches



Programm, mit dem die Neokonservativen ihre Politik ideologisch vorbereiten und in die Köpfe der Menschen bringen. (...) Neokonservative Politik ist aber auch eine Strategie zur Entmachtung der Organisationen der Arbeiterbewegung. (...)

SPARKASSE 
Oberösterreich

Wir bewegen Oberösterreich seit **170** Jahren

#glaubandich

www.170jahre.at   

Geht die Parteireform weiter?

Im Bildungskurier 4/1990 schreibt der damalige Landesbildungssekretär Reinhard Buchinger über angedachte Parteireformen.

Seit fast fünf Jahren bemüht sich die oberösterreichische SPÖ um eine Reform ihrer Parteiarbeit. Eine Mitgliederbefragung Anfang 1986 erbrachte den deutlichen Wunsch nach mehr Mitsprachemöglichkeiten der „Basis“. Beim Landesparteitag 1988 wurden in einem Grundsatzbeschluss die Einführung von Vorwahlen für Gemeinderats-, Landtags- und NationalratskandidatInnen verbindlich festgelegt und die Unvereinbarkeitsbestimmungen für Mandatare verschärft. Heute zeigt sich, dass das Tempo der Reformen beschleunigt werden muss, will die SPÖ nicht von den Entwicklungen überrollt werden. (...)

Politik ist schwieriger geworden

Die geänderten Ansprüche machen die politische Arbeit heute schwieriger. Der Politiker-Typus, der eingebettet in ein enges Netz von Sachzwängen, Loyalitäten und Abhängigkeiten seine oft widerspruchsvolle Arbeit im Stillen verrichtet, hat ausgedient. Politische Entscheidungen müssen heute im gleißenden Licht der Scheinwerfer und Blitzlichter erläutert und begründet werden.

Und sie dürfen eine kritische Hinterfragung nicht scheuen müssen. Das erfordert einen anderen Politiker-Typus als jenen, den die SPÖ traditionell aus ihren eigenen Strukturen hervorbringt. Einen Typus, der Sachkompetenz mit Öffentlichkeitswirksamkeit, Durchsetzungsvermögen mit der Fähigkeit zum demokratischen Dialog verbinden kann. Will die SPÖ nicht ständig auf die sogenannten „Quereinsteiger“ zurückgreifen müssen, so müssen die Auswahlmechanismen für FunktionärInnen und MandatarInnen an die geänderten Anforderungen angepasst werden.

Vorwahlen

Die Einführung innerparteilicher Vorwahlen ist ein wichtiger Beitrag dazu, die Auswahlkriterien bei der Kandidatenerstellung auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Sie werden aber nur dann die Erwartungen erfüllen, wenn

der Entscheidungsspielraum für die Mitglieder möglichst groß ist. Denn auch die Mitglieder sind kritischer geworden. Setzt man ihnen ein Vorwahlmodell vor, das nur den leisesten Geruch einer Alibi-Aktion hat, so wird es nicht angenommen werden. Das ist wohl einer der Gründe für das Scheitern der Vorwahlen vor den Nationalratswahlen in vielen Bezirken. Die Vorwahlkommission des Landespartei Vorstandes hat nunmehr ein Vorwahlmodell erstellt, das den Mitgliedern ein maximales Mitspracherecht bei der Nominierung der Kandidaten für die Landtagswahl 1991 sichert. Nach diesem Modell - das übrigens jederzeit im Landesbildungssekretariat angefordert werden kann - nehmen die Mitglieder nicht nur Einfluss auf die Nominierung der KandidatInnen, sondern auch auf die tatsächliche Listenreihung in ihrem Wahlkreis.

Da der Stimmzettel keine Reihung enthält, sind die Mitglieder in ihrer Entscheidung völlig frei. Dazu kommt, dass die Sicherstellung der Frauenquote und eine Art „Minderheitenschutz“ für die kleineren Bezirke in diesem Modell verankert sind.

Reformparteitag am 1. Dezember

Am 1. Dezember findet ein Reformparteitag der oberösterreichischen SPÖ statt. Dort sollen die endgültigen Entscheidungen über das Vorwahlmodell sowie über die programmatische Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 1991 fallen. (...)

Der Parteitag wird schließlich darüber zu be-

DER AUTOR:

Reinhard Buchinger

Der damalige Landesbildungssekretär Reinhard Buchinger berichtet über die Diskussionen über ein parteiinternes Vorwahlmodell für die Landtagswahlen 1991.



finden haben, ob das Modell der Vorwahlkommission, ein Kompromissmodell des Parteivorstandes, oder gar nur ein Kompromiss des Kompromisses beschlossen wird. Jede Verwässerung des ausgearbeiteten Vorschlages würde aber eine weitere vertane Chance bedeuten. (...)



Signale der Erneuerung

Im Bildungskurier 4/1991 fordert Inge Jäger, die Zeit für Reformen rasch zu nutzen.

Oktober 1991, kurz nach der schwersten Wahlniederlage der Sozialdemokratie in Oberösterreich wird die traditionsreiche ehemalige Parteizeitung AZ eingestellt. Somit wird das „Aus“ für die letzte linksliberale österreichische Zeitung auch zum Symbol für die tiefe Krise der Sozialdemokratie und das was sie einmal verkörpert hat: Arbeiterbewegung, Sozialbewegung und Sicherung von Zukunftsperspektiven für breite Teile der Bevölkerung.

Die Ursachen dafür liegen in der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung der letzten Jahre. Die Entwicklung der modernen Wohlstandsgesellschaft verändert nicht nur die Lebensbedingungen der Menschen, sondern bringt auch einen Wandel der politischen Landschaft mit sich.

Die Spaltung der Gesellschaft

Die fortschreitende Modernisierung und Veränderung der Produktions- und Arbeitsbedingungen führen zu einer immer stärker werdenden inneren Diversifizierung der Gesellschaft. Die vielzitierte Zweidrittelgesellschaft hat längst Gestalt angenommen. Übrig bleiben gesellschaftliche Randgruppen, Arbeitslose und zunehmend Arbeitnehmer/innen aus strukturschwachen Betrieben. Die Lohnunterschiede werden größer, und zwar nicht nur zwischen Arbeitnehmern auf der einen Seite und Managern und Unternehmern auf der anderen Seite, sondern auch zwischen Arbeitern verschiedener Qualifikationsstufen. Hat vor zwanzig Jahren eine Arbeiterin in der Textilbranche noch die Hälfte eines Arbeiters in der Mineralölverwaltung verdient, bekommt sie heute nicht einmal mehr ein Drittel.

Steigender Arbeitsdruck, der rücksichtslose Abbau von älteren Arbeitnehmern, die Konkurrenz durch ausländische Arbeitnehmer führt zu einer tiefen Verunsicherung von Teilen der Bevölkerung und zu großen Ängsten vor so-

zialem Abstieg. Gerade Kernschichten sozialdemokratischer Wähler sehen ihre Existenzen bedroht. (...)

Reformen waren ungenügend

Seit Jahren kündigen sich die gesellschaftlichen Veränderungen an und haben ja auch in der Partei durch die Forderung nach einer tiefgreifenden Parteireform ihren Niederschlag gefunden. Tatsache ist jedoch, dass die sozialdemokratische Partei in Oberösterreich bis heute nicht in der Lage ist, die entscheidenden Schritte zur Öffnung der Partei und zur Veränderung zu setzen. Zu starr sind die Parteistrukturen, zu stark die Interessen der Bezirke, zu verfestigt die Machtinteressen der obersten Parteifunktionäre.

Das im Rahmen der Parteireform eingeführte Mitgliedervorwahlsystem hinterlässt ein schales Gefühl, wenn es dabei zu Wahlmanipulationen kommt, wenn unerwünschte Ergebnisse von vornherein verhindert oder durch Parteibeschlüsse wieder rückgängig gemacht werden.

Das größte Problem ist das Fehlen von Inhalten, von Programmen, wie die Sozialdemokratie zukünftig in dieser Gesellschaft politisch gestaltend tätig sein will. Es ist in den letzten Jahren nicht gelungen, Themen zu besetzen und durch Kampagnen den notwendigen gesellschaftlichen Druck zu erzeugen, relevante Forderungen durchzusetzen.

Parteitage sind zu reinen Ritualen erstarrt. Einige Unentwegte erschöpfen sich darin, immer wieder die

DIE AUTORIN:

Inge Jäger

– später Nationalratsabgeordnete – analysiert die Lage der SPÖ Oberösterreich nach der Niederlage bei den Landtagswahlen 1991.



Kritik an der Partei zu formulieren; programmatische und inhaltliche Diskussionen sind allein dadurch auch nicht in Gang zu setzen. (...)

Die Sozialdemokratie hat nicht mehr viel Zeit, ihrem Auftrag und ihrer Bestimmung nachzukommen. Nützen wir die Zeit für Reformen - jetzt!



Notwendigkeit der Sozialdemokratie

Manfred Rotter definiert im *Bildungskurier* 4/2009 seine Ideen von Programmatik.

Eine sozialdemokratische Partei, die ihre Mitglieder mit einem Fragebogen zu Freunden und Nachbarn schickt, um herauszufinden, was diese sich von der Partei erwarten, signalisiert ihr Unvermögen.

Das Unvermögen als selbständige gesellschaftliche Kraft am Wettstreit der Ideen für die beste aller Gesellschaften teil zu nehmen.

Eine sozialdemokratische Partei, welche die Kapitalismuskritik kirchlichen Organisationen (z.B. Diakonie und Caritas) überlässt, begeht kernideologische Kindesweglegung und findet daher nichts dabei, dass auch sozialdemokratisch geführte Kommunen öffentliches Gut (Kanalisation, öffentliche Verkehrsmittel udgl.) an US-amerikanische Finanzgesellschaften verkaufen und von diesen zurückerkufen (Crossborder Leasing).

Gewiss, die gesellschaftlichen Verhältnisse der Hochblüte der Sozialdemokratie als Massenpartei sind Geschichte.

National wie international geht es aber immer noch um die klassischen Konflikte zwischen Herrschaft und Beherrschten, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Profit und Lohn und nicht zuletzt zwischen Reich und Arm. Auch wenn sich dies auf einem wesentlich höheren ökonomischen Niveau als seinerzeit abspielt, auch wenn sich die Begrifflichkeiten geändert haben, so bleiben die Brisanz der Problemstellungen und der daraus folgende Entscheidungsdruck derselbe.

All dies, sowie die offenkundige Tendenz, Gesellschaften nach dem Muster einer Wohlstandspyramide mit deutlichen Zeichen einer Umverteilung von unten nach oben (s. aktuell Deutschland) zu strukturieren, unterstreicht geradezu die gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit der Sozialdemokratie, den sich immer mehr verfestigenden Klassengegensätzen entgegen zu treten.

Wenn in einem Umfeld wie diesem die Wahlerfolge der SPÖ dennoch rar sind, so kann das nur daran liegen, dass sie in den Augen der Wählerschaft, aber wohl auch bei vielen ihrer KernanhängerInnen, wenn nicht gar ihrer Mitglieder, zu einer beliebig austauschbaren Allerweltpartei ohne besondere Strahlkraft und Kompetenzen geworden ist. Da hilft nur eins, eine zeitgemäße Programmatik.

Diese sollte auf zwei mit einander eng verbundenen, dennoch aber deutlich getrennten Ebenen in Form eines **Basisprogramms** und eines **Aktionsprogramms** erarbeitet werden.

Im **Basisprogramm** wird die Grundphilosophie der SPÖ in einem plausiblen Werte- und Zielkatalog dargestellt. Darin haben die Ideale, die Ideen, um nicht zu sagen die Visionen Vorrang vor der Machbarkeit. Ziel ist, der Partei eine über die engen Grenzen der Wahl- etc. Termine hinaus eine dauerhafte und berechenbare Identität zu verleihen.

Anders das **Aktionsprogramm**. Hier geht es um die Präsentation der Maßnahmen, der Mittel und Wege zur Umsetzung des Basisprogramms, um Zwischenziele, Strategien, Kompromiss- und Koalitionsbereitschaften und einiges mehr. Das Aktionsprogramm wird immer wieder an der Wirklichkeit, an Erfolgen und Misserfolgen gemessen und wenn nötig adaptiert. Es sichert

DER AUTOR:

Manfred Rotter

Der unlängst verstorbene Universitätsprofessor Manfred Rotter schreibt nach der Wahlniederlage 2009, warum es klare Positionen für die Sozialdemokratie braucht.



die Bodenhaftung. Erfolge führen damit nicht immer gleich zum Größenwahn und Misserfolge nicht zu Existenzkrisen.



Zurück zu den sozialdemokratischen Wurzeln

Ratschläge vom Parteienforscher Matthias Micus im *Bildungskurier* 2/2011.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) ist eine stolze, mitgliederstarke Partei mit einer glanzvollen Geschichte. Auch ihre Gegenwart ist nicht rundweg düster. Immerhin stellen die Sozialdemokraten den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler, zudem wurde die SPÖ bei der letzten Nationalratswahl erneut die stärkste Partei.

Trotzdem gibt es Grund zur Sorge. Zahlreiche Hinweise sprechen für einen rapiden Verfall der Partei. Auf ihrem Zenit im Jahr 1979 erhielt die SPÖ bei der Nationalratswahl 51 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Partei hatte 721.000 Mitglieder. Heute dagegen besitzen nur noch 243.000 ÖsterreicherInnen ein rotes Parteibuch. Und bei der jüngsten Nationalratswahl rutschten die Sozialdemokraten erstmals unter die Marke von 30 Prozent. Das Erfolgsrezept der SPÖ in den 1970er Jahren war die sogenannte Kreisky-Koalition, ein Bündnis aus traditioneller Arbeiterschaft, dem Neubürgertum und kritischer Jugend. Davon ist nicht viel übrig geblieben. Der Anteil der ArbeiterInnen unter den SPÖ-Mitgliedern, Anfang der 1950er Jahre bei rund vierzig Prozent, ist auf unter zwanzig Prozent gesunken. Und der damalige Trend zur Verjüngung ist längst in einen Mangel an Nachwuchs umgeschlagen. Die SPÖ schafft den Spagat nicht mehr, vor allem in den Großstädten. In keiner Landeshauptstadt erreichte die SPÖ bei der Nationalratswahl 2008 auch nur vierzig Prozent. (...)

Obwohl Österreich die Strukturprobleme der 1980er und 1990er Jahre im internationalen Vergleich gut bewältigte, spaltete der neue Kurs die Gesellschaft in GewinnerInnen und VerliererInnen. Der Bruch des „sozialpartnerschaftlichen Friedensabkommens“, also der Regel, dass Produktivitätssteigerungen auch Lohnerhöhungen nach sich ziehen,

trieb einen tiefen Keil in die sozialdemokratische Anhängerschaft wie auch zwischen die Parteibasis und die FunktionsträgerInnen der SPÖ. (...)

Doch welche Ratschläge lassen sich der SPÖ mit auf den Reformweg geben? Einerseits müssen die Basismitglieder und ParteisympathisantInnen den Eindruck gewinnen, ernst genommen zu werden. Die Sozialdemokratie muss interessierten Mitgliedern wie SPÖ-nahen BürgerInnen Gelegenheiten zur Mitbestimmung ermöglichen. Damit diese sich auch tatsächlich beteiligen, braucht die SPÖ glaubwürdige Botschaften und schlüssige Perspektiven, die über die tagespolitischen Kleinkämpfe hinausgehen, neuen Sinn stiften und Begeisterung wecken.

Schließlich muss die SPÖ sich auf ihre Wurzeln besinnen und zu einer erneuerten Balance von Tradition und Moderne, einem „progressiven Traditionalismus“, finden. Das gilt auch deshalb, weil Tradition für die Sozialdemokratie in Österreich noch wichtiger ist als in anderen Ländern. So kassieren die FunktionärInnen die Mitgliedsbeiträge in weiten Teilen des Landes auch noch persönlich bei Hausbesuchen. Ob und inwieweit den österreichischen Sozialdemokraten der Wandel von der hierarchischen Kaderorganisation zur offenen Partei

DER AUTOR:

Matthias Micus

Parteienforscher Matthias Micus war Inputgeber und Diskussionspartner im Rahmen von morgen.rot. Er gibt der SPÖ Ratschläge für den Reformweg.



tatsächlich gelingt, ist eine spannende Zukunftsfrage.



Klare Positionen sind gefragt!

Karl Duffek nahm im *Bildungskurier* 1/2013 politische Entwicklungen vorweg.

Seit 1958 hat die österreichische Sozialdemokratie im 20-Jahres-Rhythmus Grundsatzprogramme verfasst und beschlossen. Diese spiegeln den jeweiligen Zeitgeist wider und stecken die Position der SPÖ im politischen Wettbewerb ab.

Die Programme der österreichischen Sozialdemokratie zeigen im Zeitverlauf, wie sich die Partei differenziert. Rund um die Klammer der stets bestätigten Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität besteht eine Vielfalt von Sichtweisen, die wahrgenommen, diskutiert und integriert werden müssen.

Jede und jeder wünscht sich ein kantiges und mutiges Programm. Einigkeit darüber, was denn nun kantig und mutig wäre, ist allerdings nicht leicht herzustellen. Zu disparat sind auch innerhalb der SPÖ die Interessen – von ArbeitnehmerInnen, von Älteren, Jungen, Frauen etc. Gerade deshalb aber lohnt sich die ehrliche Diskussion solcher Widersprüche. Letztlich ist der Prozess der Programmentwicklung, also die Debatte darüber, warum die SPÖ wofür steht, wesentlich wichtiger als ein naturgemäß immer kompromissbestimmtes Endpapier.

„Nicht in Stein gemeißelt“

Lebendig bleibt die Sozialdemokratie dann, wenn sie sich konsequent damit auseinandersetzt, vor welchen Herausforderungen sie steht und welche Antworten sie darauf gibt. Insofern sind ein wenig kürzere Abstände beim Erarbeiten von Positionsbestimmungen durchaus sinnvoll. Zu verabschieden ist damit freilich der Anspruch, etwas in Stein zu meißeln. Auch das kommende Programm, das angesichts der Krise wohl den einen oder anderen Irrläufer eines allzu sehr den Märkten zugetanen Optimismus zurücknehmen dürfte, ohne in sozialisti-

sche Nostalgie zu verfallen, wird seine Halbwertszeit haben.

Die Bewältigung der wirtschaftlichen Krise, die Sicherung des Sozialstaats und der öffentlichen Dienstleistungen sowie ein zukunftssicheres System von Bildung, Forschung und Innovation werden wohl im Mittelpunkt stehen. Nicht übersehen werden dürfen aber Tendenzen, die vermeintlich gesicherte Bestände westlicher Demokratie gefährden.

Expertenregierungen, die jeder demokratischen Legitimierung entbehren, korrupte politische Eliten und eine mehr oder weniger schleichende generelle Erosion demokratischer Standards sind heute sogar in Ländern innerhalb der Europäischen Union festzustellen. Die Sozialdemokratie muss hier ihre noble Zurückhaltung ablegen und klar Position beziehen.

So groß in Krisenzeiten die Versuchung sein mag, sich auf nationale Fragestellungen zurückzuziehen, so groß ist gleichzeitig die Gefahr, das politische Umfeld aus dem Blick zu verlieren. Es geht nicht nur um die „Globalisierung“, so wirkmächtig sie auch sein mag. Populismus und autokratische Traditionen bestehen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Und wir sind auch nicht vollkommen frei davon. Dem kann die Sozialdemokratie nur mit schlüssigen Posi-

DER AUTOR:

Karl Duffek

Der verstorbene Direktor des Renner Instituts Karl Duffek schreibt 2013 am Beginn der Arbeiten für das aktuelle - 2018 in Wels beschlossene - Parteiprogramm über sozialdemokratische Positionen im Wandel der Zeiten.



tionen begegnen. Wenn die Programmdiskussion dies leistet, ist sie sinnvoll.



Was wurde aus morgen.rot?

Um Reformen voranzutreiben braucht es einen langen Atem, wusste Georg Hubmann im *Bildungskurier* 2/2013.

Parteireformen gab es in der oberösterreichischen Sozialdemokratie immer wieder. Mit unterschiedlicher Intensität und Breite wurde diskutiert. Es ging auch bei morgen.rot um eine inhaltliche und organisatorische Neuaufstellung mit dem Ziel, bei den nächsten Wahlen mehr Zustimmung zu erhalten. Seit dem Ende von morgen.rot sind zwei Jahre vergangen. Zeit für eine Analyse über die Ergebnisse und Wirkungen des Prozesses.

In den zwei Jahren der Parteierneruerung unter dem Titel morgen.rot wurde mit viel Einsatz der ganzen Partei durch alle Ebenen und Organisationen intensiv gearbeitet und viel Zeit und Energie investiert. Der offene Umgang mit Rückmeldungen und eine neue Diskussionskultur haben nach anfänglicher Unsicherheit zu der großen Beteiligung beigetragen. Die Ergebnisvielfalt kann sich auch sehen lassen. Die inhaltliche Positionierung der SPÖ Oberösterreich zu den Themen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Integration und Kommunalpolitik wurde nicht nur in einem breiten Prozess erarbeitet, sondern beinhaltet auch eine Vielzahl an ganz konkreten Forderungspunkten. Zahlreiche konkrete Maßnahmen für Neuerungen in den Arbeitsweisen der Partei wurden am Parteitag 2011 einhellig beschlossen. Dennoch hört man da und dort immer wieder die Frage: „Was wurde eigentlich aus morgen.rot?“

Zur Antwort werden hier drei zentrale Stoßrichtungen der SPÖ Oberösterreich vorgestellt, die allesamt aus den Überlegungen des morgen.rot-Prozesses entstanden sind.

Öffnung nach außen

Auf die Menschen zugehen, um gemeinsam mit ihnen die Lebensumstände vor Ort zu verbessern – diese Haltung zu leben ist nicht leicht, denn es bedeutet, Themen aufzugreifen und zu besetzen und politische Konfrontationen einzugehen. Gleichzeitig ist diese Haltung aber der Kern politischer Arbeit und in vielen Fäl-

len noch wichtiger als die Verwaltungsarbeit im Gemeinderat. Aus dem morgen.rot-Prozess sind viele Initiativen in Ortsorganisationen entstanden, die diese Veränderung der Partei tragen. Um hier auch längerfristig erfolgreich zu sein, werden die Mitmach-Projekte vor Ort bestmöglich durch die Landesorganisation unterstützt.

Zusammenwachsen nach innen

Um nach außen hin gemeinsam auftreten zu können, braucht es eine starke Gemeinschaft. Dazu gehört eine neue Diskussionskultur, die mit den Regionalforen für die inhaltlichen Positionierungen etabliert wurde, genauso wie die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Organisationsteilen in der Partei. Um Bescheid zu wissen, wo der Schuh drückt und wo an innovativen Projekten und Ideen gearbeitet wird, sind die Ortsparteigespräche eingeführt worden. Der Kontakt in der Organisation wird enger und so werden auch die Möglichkeiten auszuhelfen, zu vernetzen oder zu beraten verbessert. Die Bezirksbüros werden aufgewertet und die Unterstützung für die ehrenamtlichen FunktionärInnen verbessert.

Fundamente errichten

Strategie und inhaltliches Know-how sind zentrale Bestandteile von politischen Entscheidungen. Als ein weiteres Ergebnis des morgen.rot-Prozesses wird die Arbeit in diesen Bereichen professionalisiert. Die professionelle Analyse der Ortsparteigespräche, von Umfrageergebnissen und anderen Rückmeldungen ermöglicht eine fundierte Strategieentwicklung für die politische Arbeit. Dazu gehört auch ein starkes inhaltliches Fundament. Um im wissenschaftlichen Bereich wieder Fuß zu fassen und für ForscherInnen wieder Anknüpfungspunkte zu bieten, wurde das Jahoda-Bauer-Institut gegründet. Die Aufbereitung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die praktische politische Arbeit steht hier im Mittelpunkt. Es geht um ein starkes Fundament zur Neuaufstellung der Partei.

DER AUTOR:

Georg Hubmann

2013, zwei Jahre nach Abschluss der Parteireform morgen.rot, fasst Projektleiter Georg Hubmann Ergebnisse und Misserfolge zusammen.



Das Tun als Veränderung

Trotz aller neuen Ideen, Konzepte und Initiativen ist klar, dass die Reform der Partei kein Selbstläufer ist. Denn die Verantwortung für die Umsetzung tragen alle, die in der Bewegung aktiv sind. Es braucht die Initiative vor Ort genauso, wie die Unterstützung der Parteiführung, um den Kurs zu halten und die Ergebnisse der Parteireform weiterzutreiben. Dabei geht es auch darum, Dinge offen anzusprechen und Veränderungen einzufordern – also einen langen Atem zu beweisen und hartnäckig zu bleiben.



„Weiter so!“ verstärkt Niedergang

Im **Bildungskurier 4/2015** moniert **Bernd Dobesberger** die fehlende Auseinandersetzung mit den Ursachen der Wahlniederlage.

Niederlagen passieren eigentlich allen irgendwann einmal. Wenn sich aber Niederlage an Niederlage reiht, wenn Siege seltene Ausnahmen sind, dann gilt es den Niedergang zu analysieren.

Seit den 1970er Jahren hat die SPÖ in Oberösterreich bei allen acht Landtagswahlen Stimmenanteile verloren – die einzige Ausnahme war die Wahl 2003. Bei allen 16 Landtagswahlen in Österreich seit 2009 hat die SPÖ verloren, mit der Ausnahme von Kärnten im Jahr 2013.

Das oberösterreichische Landtagswahlergebnis vom 27. September 2015 mit 18,4 Prozent für die Sozialdemokratie sticht auch bei den Niederlagen noch heraus. In einem klassischen Industriebundesland auf nicht einmal 20 Prozent zu kommen, ist besonders schmerzlich. Mit der Suche nach langfristigen Hintergründen, Ursachen und selbst gemachten Fehlern hat sich weder die engere Parteiführung, noch der Parteivorstand lange aufgehalten. Zwei Ursachen wurden in einer „abschließenden Analyse der Wahlergebnisse vom 27. September 2015“ für das Wahldebakel verantwortlich gemacht: Erstens hätte die langfristige „Erosion der Glaubwürdigkeit der Politik im Allgemeinen und der SPÖ im Besonderen“ das schlechte SPÖ-Ergebnis verursacht. Und zum Zweiten seien alle Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkampf von den „Problemen in der Flüchtlingspolitik überlagert“ worden.

Warum es die angesprochene Erosion der Glaubwürdigkeit gibt, diese Frage wird nicht gestellt. Der Subtext der Botschaft lautet, dass es sich bei diesem Trend wohl um eine unerklärliche und eigentlich ungerechtfertigte Entwick-

lung handelt. Die Frage – bezogen auf die zweite Erklärung – warum dann die Umfrageergebnisse schon lange vor dem Einsetzen der Flüchtlingswelle im Frühjahr 2015 konstant schlecht waren, wird nicht gestellt und daher wird auch nicht versucht, sie ehrlich zu beantworten.

Aus der Nachwahlenanalyse

Schon am Tag nach der Landtagswahl wurde von SORA (Institute for Social Research and Consulting) die „Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Landtagswahl Oberösterreich 2015“ veröffentlicht, die von SORA gemeinsam mit ISA (Institut für Strategieanalysen) im Auftrag des ORF erstellt wurde. Die Wählerstromanalyse zeigt, wie sich die Wähler und Wählerinnen des Jahres 2009 bei den Wahlen 2015 verhalten haben. Von den ca. 213.000 SPÖ-WählerInnen des Jahres 2009 haben bei den diesjährigen Wahlen etwa 139.000 wieder SPÖ gewählt. 21.000 Stimmen konnten von NichtwählerInnen und von anderen Parteien dazugewonnen werden. Von den SPÖ-WählerInnen aus 2009 wanderten aber ca. 24.000 zu den Freiheitlichen, 15.000 zu den Grünen, 22.000 zu den NichtwählerInnen und weitere 13.000 Stimmen zu anderen Parteien ab. Die Sozialdemokratie verlor in alle Richtungen!

Die SORA-Untersuchung hat auch eine Differenzierung der Wähler und Wählerinnen nach deren Erwerbsstatus vorgenommen. Danach haben nur 15 Prozent der ArbeiterInnen bei diesen Landtagswahlen SPÖ gewählt. Für die Sozialdemokratie, von ihrer Geschichte her und auch nach einem immer wieder betonten Selbstverständnis, muss diese Erkenntnis alarmierend sein – auch wenn sie nur in dieser Deutlichkeit neu ist. Nur bei den PensionistIn-

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger

Nach der abermaligen Wahlniederlage 2015 analysiert Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger den steten Niedergang. Er fordert eine ausführliche Ursachenanalyse und deutliche Konsequenzen.



nen übertrifft die SPÖ in Oberösterreich mit 25 Prozent ihren eigenen Gesamtwähleranteil.

Differenziert man die Wähler und Wählerinnen nach Altersgruppen, dann ergibt sich eine Verteilung, die ebenfalls nicht wirklich neu und überraschend ist: Die Jüngeren wählen unterdurchschnittlich die Sozialdemokratie. Bei den Unter-30-Jährigen liegt der Stimmanteil der SPÖ bei 11 Prozent. Dass der Frauenanteil (21 Prozent der Wählerinnen) unter den SPÖ-Stimmen höher als der Männeranteil (15 Prozent der Stimmen von Männern) ist, ist kein Spezifikum dieser oberösterreichischen Landtagswahl. Von den Männern unter 45 Jahren haben gar nur neun Prozent die SPÖ gewählt!

Die SORA-Wahlenanalyse versucht auch zumindest erste mittelbare Ursachen für das Wahlverhalten zu liefern. Zum Beispiel wurde erhoben, wie die jeweiligen WählerInnen nach deren Parteienpräferenz eine „Bewertung der Entwicklung Oberösterreichs“ abgeben. Von jenen, die SPÖ gewählt haben, sehen 13 Prozent eine eher negative Entwicklung. Von den FPÖ-WählerInnen sagen mehr als 60 Prozent, dass sie die Entwicklung in Oberösterreich eher negativ

einschätzen. Das zieht sich durch derartige Fragen (Entwicklung des Arbeitsmarktes, Lebensqualität, Zufriedenheit mit der Bundesregierung, Bewältigung der Flüchtlingssituation usw.) wie ein roter Faden: Die Verängstigten und die Besorgten wählen die Freiheitlichen!

Wirkliche Ursachenerforschung

Hier soll nicht behauptet werden, dass es keine Erosion der Glaubwürdigkeit der Politik gäbe und dass die Flüchtlingssituation für den Wahlausgang keine Rolle gespielt hätte. Aber es wäre schon notwendig nachzufragen, warum es diese Erosion gibt und was man dagegen tun kann und soll. Die Flüchtlingssituation während des Sommer 2015 war sicher auch nicht die Ursache für das Wahlverhalten, sie hatte eher eine Katalysatorfunktion. Vorhandene Entwicklungen und Einschätzungen wurden so beschleunigt und verstärkt, aber nicht verursacht.

Betrachtet man das für die SPÖ desaströse Wahlergebnis bei den ArbeiterInnen, dann kann man das Problem mit zwei Entwicklungen deutlich machen: Laut einer Untersuchung des Rechnungshofes aus dem Jahr 2014 hat sich das Realeinkommen der ArbeiterInnen im Durchschnitt in Österreich zwischen 1998 und 2013 um 14 Prozent verringert. Und laut der Registerzählung 2011 der Statistik Austria sind immerhin mehr als 34 Prozent der Erwerbspersonen in Österreich Arbeiter oder Arbeiterinnen. Als zweite Entwicklung kann man die Zahl der Arbeitslosen hernehmen. 2006 waren im Laufe des Jahres etwa 250.000 Männer und Frauen irgendwann zumindest vorübergehend arbeitslos. Im Jahr 2014 waren es mehr als 440.000.

Risiken beim Jobeinstieg und am Arbeitsmarkt. Andererseits wird die SPÖ von ihnen politisch und kulturell als Partei der Alten und des Gestern wahrgenommen.

Die wirklichen Ursachen für den Niedergang der SPÖ in den vergangenen Jahrzehnten sind damit weder umfassend noch ausreichend beschrieben. Aber den Ursachen müsste auf den Grund gegangen und Konsequenzen müssten gezogen werden. Die Konsequenzen würden wohl für viele schmerzhaft sein. Die tatsächlichen Ursachen zu negieren und einfach weiter zu machen, heißt allerdings: Weiter so beim Niedergang!

ZUM WEITERLESEN

Wie funktioniert eine moderne Parteiorganisation? Wie klappt das mit der Mitgliedereinbindung vor Ort? Wie können wir besser und demokratischer werden?

Fragen wie diese sind nicht nur Teil interner Reformdiskussionen, sondern werden auch von vielen externen ExpertInnen geführt. Praktische Tipps genauso wie grundsätzliche Analysen finden sich auf der Website: <http://partiereform.org/die-ergebnisse/>



„Bei den Jungen hat die SPÖ ein doppeltes Problem.“

Bei den Jungen hat die SPÖ ein doppeltes Problem. Die Jungen erleben einerseits die Zumutungen der turbokapitalistischen Gegenwart immer stärker, müssen mit deren Auswirkungen in den Ausbildungssphären ebenso zurechtkommen, wie mit den

Vielleicht mal konsequent sein?

Ein aktuelles Statement vom Landesgeschäftsführer der SPÖ Oberösterreich, Georg Brockmeyer.

Die SPÖ hat bei den heurigen Nationalratswahlen mit 21,3 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis eingefahren. Ein „weiter so“ dürfe es nicht geben, heißt es nun überall in der Partei. Doch kommt nicht nur mir das Ganze eher wie ein „Vorwärts mit einem entschlossenem sozialdemokratischen Vielleicht“ vor?

Also lasst uns konsequent sein und da wo wir können, mutig in neue Zeiten ziehen. Ein Kommentar zur Lage.

Was ist passiert?

Die SPÖ hat im Vergleich zu 2017 zwar einen pannenfreien, jedoch überhaupt nicht mitreißenden Themen- und Medienwahlkampf im Stil der 1990er Jahre geführt. Die vorhandenen WählerInnenpotenziale konnten nicht mobilisiert werden, die Wahlbeteiligung ist deutlich gesunken und wir haben Stimmen insbesondere in Richtung Grüne verloren.

ÖVP und Grüne konnten Wählerstimmen im großen Ausmaß dazugewinnen.

Haben wir programmatische Schwächen?

Ja, jedoch nicht so dramatisch, wie wir glauben. Auf dem letzten Parteitag in Wels haben wir ein neues Grundsatzprogramm beschlossen, aus dem wir eigentlich eini-

ges ziehen könnten. Sei es nun zum Thema Arbeitszeiten, zur Klimakrise, Steuergerechtigkeit oder sozialen Zusammenhalt.

Wir müssten es halt nur tun und in der ein oder anderen Frage auch etwas mutiger sein und nicht schon den Kompromiss zu Forderung erheben.

Was hat das mit Emotion zu tun?

Alles. Es gelingt uns nicht, unsere politischen Botschaften emotional vorzutragen und vor allem potenzielle WählerInnen zu begeistern. Wir formulieren keine mutigen Botschaften, verlieren uns in Details und erzählen vor allem keine Geschichten mehr. Doch genau dies ist die Voraussetzung dafür, um wieder Wahlen gewinnen zu können.

Müssen wir uns professionalisieren?

Unbedingt. In vielen Bereichen arbeiten wir so, wie wir halt immer gearbeitet haben. Wir müssen uns jedoch verbessern im Bereich des datenbasierten Wahlkampfes, der online und social media Kommunikation und auch des politischen Marketings. Wir waren einmal federführend im Einsatz von Markt-, Meinungs- und Wahlforschung und nutzen nun die Mittel der modernen Sozialforschung viel zu wenig zur Entwicklung unserer Kampagnen.

DER AUTOR:

Georg Brockmeyer

ist seit Juni 2019 Landesgeschäftsführer der SPÖ OÖ und ruft zu mutigen Ideen für Oberösterreich auf.



Müssen wir uns neu organisieren?

In Teilen zumindest. Unsere Organisationsform wurde im späten 19. Jh. entwickelt und seitdem kaum weiterentwickelt. Wir brauchen eine Ergänzung zu unserem repräsentativen, wohnortgebundenen System. Wir müssen Menschen die Möglichkeit geben, auch auf Zeit, inhalts- und projektbezogen bei uns mit zu arbeiten. Und unsere Mitglieder brauchen mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung. All das ist nicht neu, all das haben wir schon häufig diskutiert. An der ein oder anderen Stelle haben wir es auch ausprobiert. Es wäre nun an der Zeit von den vielen guten Ideen, die ein oder andere konsequent umzusetzen.

Lasst uns konsequent sein!

In Oberösterreich können wir nun konsequent sein. Sei es bei der Professionalisierung (ja, wir kaufen Zielgruppendaten und professionalisieren unsere online Kommunikation) oder bei der Mitbestimmung unserer Mitglieder. Hier zeigt die Linzer SPÖ wie es gehen kann.

Und lasst es uns bei unserer Politik sein, fordern wir konsequent ein besseres Oberösterreich für die vielen mit mutigen Ideen und gegen Schwarz-Blau.



Was braucht ein zeitgemäßer Wahlkampf?

SPÖ Bildung

SPÖ Herbst-Info zum Brexit

Volles Haus bei der SPÖ Herbst-Info zum Thema Brexit. Im Juni 2016 hat sich die britische Bevölkerung in einem Referendum mehrheitlich für den „Brexit“, den Austritt aus der Europäischen Union ausgesprochen. Mehr als drei Jahre später ist das Vereinigte Königreich immer noch EU-Mitglied. Warum der Brexit nicht so recht klappt, welche Probleme dabei im Vordergrund stehen und welche Zukunftsszenarien sich abzeichnen, war Thema des SPÖ Herbst-Info am 22. Oktober 2019 mit Univ. Prof. Dr. Franz Leidenmühler.



Das Interesse an der Never Ending Story „Brexit“ war groß. Franz Leidenmühler erklärte nachvollziehbar und mit einer Prise (britischem) Humor Hintergründe und mögliche Szenarien.

Junge Generation Oberösterreich

6 Stunden mehr Freizeit: Was machst du damit?

6 anstatt 12 Stunden arbeitet bedeutet vor allem eines: 6 Stunden mehr Freizeit für jeden Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin. Um dies zu veranschaulichen, organisierte die Junge Generation in der SPÖ OÖ gemeinsam mit unserer Bundesorganisation einen Aktionstag in Oberösterreich. Passantinnen und Passanten waren in Linz, Wels und Vöcklabruck dazu aufgerufen, diese Forderung der JG mit Leben zu füllen. Zahlreiche Wünsche und Pläne für die gewonnene Zeit wurden gesammelt und auf Plakate geklebt. Die Lebensrealität der Menschen zeigt, dass es von Fall zu Fall entweder die Notwendigkeit oder das Bedürfnis gibt, Arbeitszeit zu reduzieren. Darauf muss die Politik reagieren, um für ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeit und Freizeit und für dementsprechende finanzielle Absicherung zu sorgen. Zudem absolvieren junge Menschen immer häufiger Praktika, weil sie als Einstiegshilfe in den Arbeitsmarkt gesehen oder für die Ausbildung benötigt werden, doch die Realität sieht anders aus. Unter- und unbezahlte Praktika stehen oftmals auf der Tagesordnung. „Viele PraktikantInnen sind mit mangelnder sozialer Absicherung,



© Moritz Hoflacher

Umgehungs- und Kettenverträgen konfrontiert und werden oft schlecht oder gar nicht entlohnt. Dies muss endlich der Vergangenheit angehören. Denn vollwertige Arbeit muss auch vollwertig entlohnt werden“, so Eva Maria Holzleitner, Landesvorsitzende der Jungen Generation Oberösterreich der SPÖ Oberösterreich.

Tagung: Katholische Kirche und Sozialdemokratie

Das Verhältnis von Katholischer Kirche und Sozialdemokratie in Österreich wurde von den Entwicklungen des frühen 20. Jahrhunderts, vor allem von den Ereignissen im sogenannten Ständestatt, negativ geprägt. Die katholische Kirche, die damals de facto eine Personalunion mit der Christlich-Sozialen Partei bildete, konnte in den Sozialdemokrat*innen keine Verbündeten (etwa gegen den heraufziehenden Nationalsozialismus) sehen, sondern nur Gegner, die es zu bekämpfen galt. Auswirkungen des gegenseitigen Misstrauens sind bis heute spürbar, auch wenn die Kirche mit dem „Mariazeller Manifest“ 1952 erklärte, sich künftig aus jeglicher parteipolitischen Verbindung herauszuhalten.

Die Tagung am 4. Oktober 2019 ermöglichte einen (selbst-)kritischen Blick auf Geschichte und Gegenwart und leistete einen wertvollen Beitrag zur Aufarbeitung eines historisch belasteten Verhältnisses.

Dank an DDr. Franz Gmainer-Pranzl und Dr. Martin Jäggle für die Konzeption und Organisation dieser Tagung.



Wichtige Impulse bei der Tagung u.a. von Pfarrer Hans Gruber, Mag.a Anna Wall-Strasser, Mag.a Michaela Pröstler-Zopf aber auch Inputs von Dr. Florian Wenninger, DDr. Severin Renoldner oder Dr. Karin Schmidlechner.

Karl Renner Institut OÖ/GVV

Die Kommunalakademie 7 ist gestartet

Im Oktober 2019 wurde nun der bereits siebte Durchgang der OÖ Kommunalakademie gestartet. Rechtzeitig vor der Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahl 2021. Der Lehrgang wendet sich an kommunale Führungskräfte und unterstützt sie auf vielfältige Art und Weise. So erhalten sie in dieser sechsmoduligen Ausbildung das Handwerkszeug für die erfolgreiche Gestaltung von Politik. Neben Managementfähigkeiten geht es natürlich auch um spezifische sozialdemokratische Orientierung, die auf kommunaler Ebene erlebbar und erkennbar sein soll. Und: Der Lehrgang verlangt den TeilnehmerInnen einiges an Engagement und Eigeninitiative ab – sei es in den Peergruppen, sei es mit schriftlichen Reflexions- und Abschlussarbeiten.

Der erste Baustein hatte den Titel „Führung und Teamentwicklung“ und wurde von Mag. Siegmund Leitl geleitet. Zum Kaminesgespräch war Renner Institut Landesstellenleiterin Anemarie Obermüller eingeladen, die nicht nur zu den Angeboten des Renner Institutes OÖ sondern vielmehr zu demokratie- und gesellschaftspolitischen Themen befragt wurde.

Begleitet werden die sechs Module der KommAk von Alexandra Kneidinger vom Renner Institut.



Die TeilnehmerInnen der OÖ Kommunalakademie 7:

1. Reihe v.l.n.r.: Thomas Antlinger (Grieskirchen), Alexandra Kneidinger (Betreuung), Elif Güneruz (Scharnstein), Karin Leitner (Linz), Juliane Fuchs (St. Johann/Wbg)
 2. Reihe v.l.n.r.: Andreas Peterlechner (Hochburg-Ach), Silvia Ibinger (Waldzell), Reinhard Köstlinger (Andorf), Klaus Rechberger-Bugner (Fraham), Andreas Ehrenleitner (Gaspoltshofen)
 3. Reihe v.l.n.r.: Thomas Leitenbauer (Sierning), Michaela Traxler (St. Georgen a.d. Gusen), Anna-Maria Demmelmayr (Steyr), Siegmund Leitl (Referent), Christian Lidauer (Ampflwang)
 4. Reihe v.l.n.r.: Denisa Husic (Bad Goisern), Thomas Loibingdorfer (Wels), Jakob Liedbauer (Kronstorf), Johannes Resch (Kollerschlag), Oliver Vendel (St. Marien)
- Es fehlt am Foto: Andreas Griebel (Lenzing)



DIE FILMREIFE KULISSE IN LINZ

Eben noch direkt auf der pulsierenden Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadtoase: Das Central besticht trotz der verkehrsgünstigen Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair.

www.centrollinz.at

office@centrollinz.at | +43 5 7726 1199 | Landstraße 36

Folge uns auf Facebook & Instagram!  

© Reinhard Winkler